

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sportblatt“ und „Mittwoch's Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt: Beizugsförderung Streit usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preisliste oder deren Num. 15 Pfa., die Spaltenweise 40 Pfa., Ausnahmestunden 50 Pfa. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingtes geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Beilagengebühr: 10.— Mk. das Ausland, zusätzlich Postgebühren. — Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 36

Sonnabend, den 25. März 1933

35. Jahrg.

Gegen Korruption

Berlin, 23. März.

Wie der Reichskommissar für das Land Preußen mitteilt, ist eine Verordnung zur Behebung von Missständen in der gemeindlichen Verwaltung beschlossen worden, durch die in der Vergangenheit beobachtete Korruptionsercheinungen unmöglich gemacht werden sollen.

Das Gemeindeverfassungsrecht der Vorkriegszeit enthielt eine Reihe von Vorschriften, die eine von ungeschickten Einflüssen möglichst freie Willensbildung in den gemeindlichen Körpern sicherstellen sollten. Diese Vorschriften hatten im wesentlichen den Ausschluß gewisser Personen von der Mitgliedschaft in den gemeindlichen Körpern, sowie die Beerdigung oder Verhinderung nicht die hinreichende Gewähr für eine völlig unparteiische Willkür boten. Diese Vorschriften sind durch Verordnungen, die Anfang des Jahres 1919 erlassen worden, nicht beseitigt worden.

Da sich in der Folgezeit erwies, daß die in Folge des Fortfalles dieser Vorschriften eintretende Mitwirkung persönlich interessierter oder gebundener Persönlichkeiten sich sowohl in Bezug auf die Carterie als die Sparsamkeit der gemeindlichen Verwaltungen ungünstig auswirkte, hat sich die Verordnung dem Grundgedanken nach die Wiederherstellung dieser früheren Vorschriften des Gemeindeverfassungsrechtes in einer den heutigen Verhältnissen angepaßten Form vor.

Darüber hinaus sind die Vorschriften, welche Mitglieder der Vertretungsorgane bei Interessenkollision von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen, verschärft worden; ferner wird den Vorstehenden gemeindlicher Vertretungsorgane ein unmissbares Recht zum Ausschluß von Mitgliedern der Vertretungsorgane bei großer Angehörigkeit oder wiederholten Zuerückbildungen gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung erlassenen Bestimmungen gegeben, und schließlich sind die Vorschriften über die Verhinderung von Mitgliedern der Vertretungsorgane, gemeindlicher Ausschüsse usw. durch die Anordnung von Ordnungsstrafen und Ausschlüssen von den Sitzungen verschärft worden.

Die Verantwortung des Reichstags

Berlin, 23. März.

Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt zur Einbringung des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag u. a.:

Unter der autoritären Führung der Regierung Hitler hat sich der bisherige Ablauf der deutschen Revolution in geradezu bemerkenswerter Disziplin und Ordnung vollzogen. Wenn der Reichstag der Regierung Hitler nicht mit der erforderlichen Mehrheit das Mandat zur ungestörten Aufarbeitung befristet hätte, dann werden die unaussprechlichen Folgen eines solchen parlamentarischen Rückfalles von denjenigen Parteien selbst verurteilt werden müssen, die die Zeichen der Zeit nicht mehr verkennen haben.

Daß die Regierung Hitler entschlossen ist, das Mandat des Volkes, das sie besitzt, nicht parteipolitisch zu unterwerfen, ist selbstverständlich. Die Parteien müssen sich seiner Würdigung darüber hingeben, daß die Nichtannahme des Ermächtigungsgesetzes eine Kampfanlage bedeuten würde, die von der Regierung aufgenommen wird.

Preussischer Landtag

Kerr (NSDAP.) wieder Landtagspräsident

Berlin, 23. März.

Der am 5. März zusammen mit dem Reichstag gewählte neue Preussische Landtag hielt seine erste Sitzung ab.

Auf dem Landtagsgebäude, auch auf dem Herrenhaus, war die schwarz-weiße preussische Flagge gesetzt; zu beiden Seiten wurde die Hakenkreuz- und die schwarz-weiße Fahne aufgezogen.

Um 3.15 Uhr betritt

Landtagspräsident Ohmann

in die Sitzung. Das Präsidentengesicht. Die nationalsozialistische Fraktion erhebt sich von den Plätzen und grüßt den General Ohmann mit dem Hitler-Grüß. Der Landtagspräsident führt u. a. aus: Es ist eine besondere Ehre und Freude für mich, noch einmal als Landtagspräsident den Landtag eröffnen zu dürfen, gerade diesen Landtag, den ich der Landtag des Hitler-Führers nennen möchte. In der feierlichen Stimmung dieser Stunde ist es mir ein besonderes Bedürfnis, auszusprechen, daß jeder deutsche Preussische und Deutsche der Geschicklichkeit entgegenwirken muß, als wenn unter nationaler Bewegung, der nationale Umwälzung irgendwelchen anderen Männern oder anderen Bewegungen zu danken wäre, als Adolf Hitler und seiner nationalsozialistischen Bewegung. In diesem Sinne eröffne ich den Landtag des Hitler-Führers. Wir kommen nun zur Wahl des Präsidenten.

Der Landtagspräsident erteilt hierauf dem

Abg. Kube

(NSDAP.) das Wort. Kein besserer Tag konnte dafür bestimmt werden als der Tag, an dem der letzte große Repre-

sentant auf dem Throne der Hohenzollern, Wilhelm I. vor Preußen, seinem Volke geschenkt ward, jene ideale, leuchtige und doch so große Persönlichkeit, die im Zusammenwirken mit den damaligen liberalistischen Kräften der Nation, mit Bismarck, Moltke und Roon das Bismarck-Reich schuf. Die nationalsozialistische Fraktion schlägt für den Posten des Präsidenten den Abg. Kerr vor, der bereits im vergangenen Landtag durch das Vertrauen der nationalsozialistischen, der deutschnationalen Fraktion und der kleineren nationalen Gruppen, der Gruppen der Mitte als Präsident gegen die Stimmen des Marxismus bei Stimmenthaltung einer anderen Fraktion gewählt wurde. Wir werden jedem Gelegenheit geben, hier mitzuarbeiten, wer der Umwälzung anerkent, wer in den nächsten Jahren mit dem Reichs-Kabinetts mitarbeiten will. Darüber hinaus werden wir die nationalsozialistische Fraktion jedes Mittel zu Verfügung stellen, um die Welt des Marxismus endgültig aus dem deutschen Volke auszumerzen. (Ständiger, hürmischer Beifall rechts.) Es ist stets die Aufgabe Preußens in der deutschen Geschichte gewesen, Opfer zu bringen. Preußen hat diese Opfer gebracht, und es wird sie auch weiter bringen. Preußen und nationaler Sozialismus sind verschiedene Ausdrücke für dieselbe Sache, dieselbe Sache, die nationalsozialistische Politik in diesem Hause und im Auftrag Adolf Hitlers möchte ich gerade als Preußische, als Mitpreußische aus dem viel vertegerten Mißverständnis dem Ausdruck geben: Preußen ist Großpreußen und bleiben es, und wir werden unser Ziel erreicht haben, wenn das ganze Deutschland einschließlich Deutsch-Oesterreich mit unserm Vaterlande in einem großen Staate verbunden ist, der dann der Weltmission der Deutschen dienen kann. Das deutsche Volk, das uns und eine andere große Fraktion dieses Hauses gewährt hat, würde uns nicht begreifen, wenn wir nicht den 9. November 1918 mit Stumpf und Stiel aus jeder Lebensgestaltung der deutschen Nation ausschalten. Es ist für uns Preußen eine Selbstverständlichkeit, daß die bolschewistische Mordpolitik hier Haus nicht mehr betrifft!

Wenn nun neben der alten Preußenfahne Schwarz-Weiß uns auch die schwarz-weiße Fahne des Bismarck-Reiches grüßt, und daneben das neue Banner, das den Umwälzung in Deutschland herbeigeführt hat, dann sind wir Nationalsozialisten uns unserer schweren Verantwortung und unserer schweren Aufgaben für die Zukunft bewußt. Es wird in den folgenden Jahren in Deutschland harte Arbeit geben. Es ist notwendig, daß ein Nationalsozialist zum Präsidenten gewählt wird. Ich wiederhole daher meinen Vorschlag, den Abg. Kerr durch einen zum Präsidenten des Preussischen Landtages zu wählen.

Zur Geschäftsordnung erhält dann das Wort der Führer der deutschnationalen Landtagsfraktion,

Abg. Dr. v. Winterfeldt (DnA.)

Abg. Kube hat eben mit Recht stolz darauf hingewiesen, was für eine Entwidlung die Nationalsozialisten hier in diesem Hause von sechs auf zweihundertfünf genommen haben. Die Nationalsozialisten haben die absolute Mehrheit in diesem Hause erlangt. Wir Deutschnationalen stellen in diesem Augenblicke jede parteipolitische Empfindlichkeit zurück und erklären, daß wir uns von Herzen freuen, daß die nationale Umwälzung gelungen ist (Beifall der Rechten).

Wir stellen fest, daß wir den Kampf gegen den Marxismus von jeder auch an dieser Stelle geführt haben. Und wenn wir heute zum erstenmal am 22. März, dem Geburtstag unseres alten Heldentaters, dürfen wir wohl heute, unseren alten Standpunkt gemäß, auch sagen, daß wir hoffen, daß einmal auch die Zeit wiederkommen wird, wo über Preußen-Deutschland die Hohenzollerntrone herrschen wird. (Stimmföhrer Beifall b. DnA.)

Mit den Stimmen aller Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, wählt das Haus hierauf durch Zuzug der bisherigen Präsidenten, Abg. Kerr (Nat.-Soz.), zum Präsidenten des neuen Preussischen Landtages.

Präsident Kerr nimmt die Wahl an und begibt sich sofort auf den Platz des Präsidenten. Als der Präsident, der die Schwarz-Weiß-Fahne trägt, auf seinem Amtssitz erscheint, erheben sich die Nationalsozialisten von ihren Plätzen und grüßen ihn unter jubelnden Zurufen mit dem Hitler-Grüß.

Präsident Kerr

erklärte u. a.: Wir sind hier zusammenberufen, nicht in der Weise, nicht im Sinne einer weltlichen Demokratie, sondern das preussische Volk, das deutsche Volk, hat Sie beauftragt, nicht mehr zu glauben, in unzeitigen Neben etwas getan zu haben, sondern dafür zu sorgen, daß das, was das deutsche Volk will, durch uns vollendet wird. Nicht ein Landtag des unzeitigen Redens wollen wir sein, sondern ein Landtag der Tat, und wir werden es sein!

Der Landtag schreitet dann zur Wahl der Vizepräsidenten. Abg. Hinder (Nat.-Soz.) bringt im Namen seiner Fraktion der Reihe nach folgende Abgeordnete in Vorschlag: Als ersten Vizepräsidenten den Abg. Haake (Nat.-Soz.), als zweiten den Abg. Baumhoff (Ztr.) und als dritten den Abg. von Kies (DnA.). Er beantragt gleichzeitig, die Wahl aller drei Vizepräsidenten in einem Wahlgang durch Zuzug vorzunehmen.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Staatspartei werden die drei Vizepräsidenten durch Zuzug gewählt.

Abg. Jürgens (Soz.) beantragt nunmehr, den in Haft befindlichen sozialdemokratischen Abg. Kneipman sofort aus der Haft zu entlassen und das gegen ihn eingeleitete Verfahren für die Dauer der Sitzungsperiode des Landtages einzustellen. (Zuzug bei den Nationalsozialisten: Das könnte auch loipfen!)

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Staatspartei und des Zentrums wird die Haftentlassung Kneipmans abgelehnt.

In diesem Augenblicke erhebt der Reichstagspräsident und Reichskommissar für das preussische Innenministerium Götting in der Bank der Regierungsvorsteher und begrüßt den Landtagspräsidenten Kerr. Die nationalsozialistische Fraktion begrüßt ihn mit Heilrufen.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Staatspartei wird dann die von den Nationalsozialisten beantragte Geschäftsordnung angenommen.

Es folgt dann die Bestellung der Ausschüsse. Der Ständige Ausschuss zählt in Zukunft 29 Mitglieder, der Aelterenrat und die Sach-Ausschüsse je fünfzehn Mitglieder. Die Eintragung der Ausschüsse wird einstimmig beschlossen.

Abg. Kube (Nat.-Soz.) empfiehlt darauf folgenden Antrag zur Annahme:

„Der Landtag nimmt von der durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 6. 2. 1933 ausgeprochenen Abkehrung der log. preussischen Hochschulregierung Kenntnis und billigt sie.“

Der Landtag erklärt sich, indem er sich die demnächstige Wahl der Ministerpräsidenten vorbehält, mit der vorläufigen Wahrnehmung der Staatsgeschäfte durch die vom Herrn Reichspräsidenten eingeleiteten Reichskommissare einverstanden.“

Auf Wunsch der Zentrumsfraktion wird über diesen Antrag abgestimmt. Der erste Vorschlag wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Rechtsgruppen bei Stimmenthaltung des Zentrums und der Linken, der zweite Vorschlag mit allen Stimmen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Präsident erteilt und erhält die Ermächtigung, die nächste Sitzung und ihre Tagesordnung selbst festzustellen.

Kabinettsöring in Preußen?

Eine nationalsozialistische Erklärung — Wahl durch den Landtag für den 2. Mai zu erwarten.

Der preussische Reichspräsident der NSDAP. veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten soll spätestens am 2. Mai stattfinden. An diesem Tage wird die nationalsozialistische Landtagsfraktion einen Nationalsozialisten zum Ministerpräsidenten wählen. Durch die mit größerer Mehrheit am 22. März angenommene Geschäftsordnungsänderung ist die Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten sichergestellt. Die 211 Nationalsozialisten der Fraktion ist allein in der Lage, ohne die Hilfe einer anderen Fraktion in Anspruch zu nehmen, einem Nationalsozialisten zum Siege zu verhelfen. Wie wir hören, kommt Reichsminister Dr. Göring als Ministerpräsident in Frage.“

Auswirkung der Amnestie

Die neuen Notverordnungen unterzeichnet.

Berlin, 23. März.

Der Reichspräsident hat bereits die angeforderten Notverordnungen über den Erlass einer Amnestie und die Maßnahmen zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung unterzeichnet.

Ueber die Auswirkung der Amnestie wird nach Auffassung ausländischer Kreise erst dann sich etwas Entschlüsseln lassen, wenn die Erfahrungen der Länder über die Anwendung der Amnestie vorliegen werden. Der Charakter der Amnestie ist in den Bestimmungen selbst eindeutig dahingehend festgelegt, daß lediglich politische Straftaten amnestiert werden sollen und rein kriminelle Delikte ausgeschlossen bleiben.

Erklärung der Gewerkschaften

Berlin, 23. März.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes betont in einer dem Reichstagspräsidenten zugeleiteten Erklärung seine Bereitschaft, auch über das Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus dauernd mit den Unternehmerorganisationen zusammen zu wirken und bezeichnet eine staatliche Aufsicht solcher Gemeinschaftsarbeit als förderlich.

In politischer Hinsicht könne die Aufgabe der Gewerkschaften nur darin bestehen, die berechtigten Wünsche der Arbeiterchaft der Regierung und Gesetzgebung zuzuleiten, sowie der Regierung und dem Parlament mit ihren Erfahrungen dienlich zu sein.

Die Gewerkschaften beanspruchen für sich kein Monopol. Eine wahre Gewerkschaft könne sich aber nur auf freiwilligen Zusammenschluß der Mitglieder gründen und müsse von den Unternehmern ebenso wie von den politischen Parteien unabhängig sein.

Aufruf an die Jugend

Berlin, 24. März.

Der neue Präsident des Reichsturatoriums für Jugendberichterstattung, Rittmeister a. D. von Neupfelle, richtet an die Jugend einen Appell, in dem es u. a. heißt:

„Das von meinem verdientvollen Vorgänger, dem alten Fritz verfaßte Generalprogramm von Stillnagel, begonnen, ist die Jugendberichterstattung heute ich weiterführen und ausbauen, getreu den Grundgedanken, die er in seiner deutscher und preussischer Soldatenrat aufgestellt hat. Zur Durchführung meiner verantwortungsvollen Aufgabe erbitte ich das Vertrauen und die Mitarbeit aller Deutschen, vor allem meiner Kameraden und Mitkämpfer des Stahlhelm, der SA, SS, und der ganzen wehrwilligen Jugend. Vorwärts mit Gott und deutsche Kraft!“

Präsidentenwahl im Beamtenbund

Berlin, 24. März.

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Wilhelm Hügel, ist auf seinen eigenen Wunsch von dem weiteren Vorsitz übergeben worden. Die Geschäftsführung übernahm bis zur Neuwahl des Vorsitzenden durch einen außerordentlichen Bundeskongress die stellvertretenden Vorsitzenden Oberpostsekretär Schneider und Stadtrat Ehrmann.

Oberbürgermeister Belfan-Eilenburg beurlaubt. Oberbürgermeister Dr. Belfan-Eilenburg hat sofort einen längeren Krankheitsurlaub angetreten und wird sich am 1. Oktober pensionieren lassen.

Entlassung des Arbeitsmarkts

Berlin, 24. März.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat in der ersten Märzhälfte die Frühjahrsentlassung des Arbeitsmarktes beachtliche Fortschritte gemacht. Bei den Arbeitslosen waren am 15. März rund 5 935 000 Arbeitslose gemeldet. Die Arbeitslosenversicherung erfuhr eine erhebliche Entlastung; die Zahl der Hauptarbeitslosengemeldeten ging um rund 84 000 auf rund 858 000 zurück. Dagegen fiel die Belastung der Arbeitslosenversicherung weiter, und zwar auf rund 1 535 000 Hauptarbeitslosengemeldeten.

Zum Brand im Reichstag

Eine Feststellung des Untersuchungsrichters.

Berlin, 25. März.

Der mit der Aufklärung des Reichstagsbrandes beauftragte Untersuchungsrichter des Reichsgerichts hat mit Rücksicht auf die in der Öffentlichkeit verbreiteten falschen Nachrichten dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda folgende Mitteilung zur Berichtigung übergeben:

Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß der als Brandstifter des Reichstagsgebäudes verhaftete holländische Kommunist von der Lobby in der Zeit unmittelbar vor dem Brande nicht nur mit deutschen Kommunisten in Verbindungen gestanden hat, sondern auch mit ausländischen Kommunisten, darunter solchen, die wegen des Attentats in der Kathedrale von Sofia im Jahre 1925 zum Tode bzw. schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden sind. Die in Frage stehenden Personen befinden sich in Haft. Dafür, daß nichtkommunistische Kräfte mit dem Reichstagsbrand in Beziehung stehen, haben die Ermittlungen nicht den geringsten Anhalt ergeben.

(23.) B o g t, Reichsgerichtsrat.

Anfurbelung des Verkehrs

Intensivierung der Neuregelung der Autosteuer.

Berlin, 24. März.

Es ist damit zu rechnen, daß der Umbau der Kraftfahrzeugsteuer vom 1. Mai ab in Kraft treten wird.

Die Verhandlungen innerhalb der Reichsstände sind bisher noch nicht abgeschlossen. Da die gegenwärtige Regelung der Kraftfahrzeugsteuer am 31. März abläuft, ist deshalb damit zu rechnen, daß sie bis zum 30. April verlängert wird. Inzwischen werden die Beratungen in zu Ende geführt werden, daß genügend Zeit zur Verfügung steht, um die Neuregelung vom 1. Mai anlaufen zu lassen. Es scheint, daß auch noch einige neue Vor schläge aufgetaucht sind, die in das neue Gesetz hineingearbeitet werden sollen.

Sebering festgenommen

Auch Abgeordneter Leber (SPD) verhaftet

Berlin, 24. März.

Wie wir erfahren, wurde der ehemalige preussische Minister des Innern Karl Sebering vor dem Gebäude der Krolloper, als er sich zur Reichstagsitzung begeben wollte, festgenommen und in das preussische Ministerium des Innern gebracht.

Ebenfalls festgenommen ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Leber aus Lübeck, der bekanntlich schon zu einiger Zeit verhaftet war, weil er verdächtig ist, an einer politischen Morde beteiligt zu sein.

Reichskommissar Dr. Gerete

festgenommen

Berlin, 23. März. Abends nach der Beendigung der Reichstagsitzung wurde gestern abend auf Anordnung des Reichskommissars für das preussische Innenministerium Göring durch die Polizei der Reichskommissar Dr. Gerete wegen des dringenden Verdachts der Untreue und der Unterschlagung festgenommen. Gerete wird nach Abschluß der polizeilichen Ermittlungen dem ordentlichen Richter vorgeführt werden.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Nürnberg, den 24. März 1933.

Die Gewinnlilien der **Preuß. Klassen-Lotterie** und der **Volkswohl-Lotterie** liegen in unserer Geschäftsstelle in der Leipziger Straße zur Einsicht aus.

Werbe-Sportfest des Sportvereins Rot Weiß. Am Sonntag, den 26. März, findet in Nembergs Mauern wieder einmal ein großes Werbesportfest statt, an dem Vereine aus Bergau, Schmiedberg und Wartenburg teilnehmen. Die Spiele beginnen vormittags 9 Uhr auf dem Sportplatz an der Werwiger Straße. Die Hauptspiele finden in den Nachmittagsstunden nach dem Umzug statt. Abends findet dann als Abschluß ein Festabend statt, der mit Konzert eingeleitet wird. Nach der Festansprache des Bürgermeisters Gerber wird dann ein hervorragender Film „König Fußball“ gegeben. Er zeigt Bilder aus dem Leben der Fußballgemeinde, bringt alle großen Fußballmannschaften und ihre Technik und alles das, was mit dem Fußballspiel zusammenhängt. Neben Großaufnahmen bringt der Film aber auch die beliebten Zeitaufnahmen, die zeigen, wie der Ball beim Spiel behandelt werden muß, um ihn unantastbar ins Tor zu bringen. Alle Freunde des Fußballspiels werden es sich gleich nicht nehmen lassen, an diesem Abend im Schützenhaus zur Stelle zu sein. Der Sportverein Rot Weiß hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben, um seinen Gästen wirklich etwas Gutes zu bieten. Den Abschluß des Abends bildet ein Tanzfrühstück, bei dem jeder nach Herzenslust das Tanzen schwingen kann. Dem Sportverein aber wünschen wir einen vollen Erfolg seiner Veranstaltung.

S. E. Handball. M. T. V. Nemberg T. V. Wartenburg 4:4 (2:2). Ein durchweg flottes und interessantes Handballspiel zeigte am vergangenen Sonntag obige Mannschaften. In allen Werten des Geschehes zeigte sich der bewußte Eifer beider Parteien, und obwohl es nur ein Freundschaftsspiel war, wurde gekämpft als ginge es um wertvolle Punkte. Obwohl die Wartenburger eine sichtbare Überlegenheit im ganzen Spiel bewiesen, gelang es doch den Nembergern nach 20 Min. durch seinen Halblinken Reimede in Führung zu gehen; kurz darauf gleich W. aus Stand bei Halbzeit 2:2. Weisner im Nemberger Tor hatte ganz große Arbeit zu leisten, denn der Innensturm der Wartenburger lieferte, begünstigt durch den Rückenwind, besonders fatige Schüsse. Nach dem Wechsel gelang es beiden Mannschaften noch je zwei Tore zu werfen.

Zusatz. Ein Schadenverursacher entfiel heute nacht gegen 1/2 Uhr im Künze/Jah Sägemerl. Verurteilt wurde vom Freier ein Polyanbau. Die Brandursache ist noch nicht geklärt, jedoch wird Brandstiftung vermutet.

Die diesjährige **Einführung der Konfirmanden** findet mit Rücksicht darauf, daß einige der Kinder bereits zum 1. April nach außerhalb Stellung gefunden haben, am

Sonntag Ostara, also am 2. April statt, die Prüfung am 26. März. In Gommio ist Prüfung, Einführung und Abendmahlsfeier am nächsten Sonntag, den 26. März. Gommio. In der hiesigen Kirche werden am Sonntag, den 26. März, folgende Konfirmanden eingeführt:

Knaben
Kurt Kraußlein, Gadig
Fritz Lehmann, Gadig
Mädchen
Elisabeth Poppig, Gommio.

Oberregierungspräsident zum Tag von Potsdam

Bei der Feier zur Eröffnung des Reichstages sprach auf dem Domplatz in Magdeburg der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Dr. Melcher. Nach einer Würdigung des Sieges der nationalen Erhebung erklärte der Oberpräsident, daß sich die preussischen Beamten und vor allem die Polizei- und Hilfspolizeibeamten der Verpflichtung demütig sind, die die Stunde anferlegt.

In der allen ruhmreichen Zeit hat die preussische Beamtenhaft stets in erster Reihe gestanden, wenn es galt, für Leben und Ehre der Nation zu kämpfen und zu wirken. Sie wird sich auch in der Arbeit für eine neue Zeit und in der Liebe zu einem neuen Deutschland von anderen Volksteilen nicht überreifen lassen!

Dr. Melcher schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hurra auf das Vaterland. — Auf dem Domplatz in Magdeburg sagte Regierungspräsident Dr. Sommer in seinen Ausführungen u. a.: Gemeinnutz, nicht Eigennutz, ist heute die Parole. Wie einst der große Preußenkönig, so wollen auch wir alle, jeder an seiner Stelle, unsere Pflicht für Volk und Staat tun, als Ziel vor Augen Deutschlands Ehre, Größe und Freiheit.

Auf dem Hof-Platz in Halle gab Polizeipräsident R o o j e n in einer Ansprache seiner Bezeugung über den Sieg der nationalen Kräfte Ausdruck. Das Banner der Schmach ist niedergebott und die Potsdamer Feind sein Symbol dafür, daß nicht der Geist Weimars, sondern der Geist Potsdams jetzt wieder in Deutschland herrsche. — Während des Festes wurde im Potsdamer Garnisonkirche legte Bürgermeister Volkhausen im Namen der Stadt einen Lorbeerzweig am Denkmal Kaiser Wilhelm I. nieder mit der Aufschrift „Die Stadt Halle“.

Die Anwesenheiten betragen 530000 Mar.

„Lieberen bei Halle. Wie immerher begehrt, entbede man, daß die Gemeinnutz nicht unzulässig werden. Die vernünftige Summe bezieht sich nach den bisherigen Feststellungen auf 530000 Mar. Die beiden Gemeinnutzgestellten Grunert und Brönne waren im Zusammenhang mit den Unterschlagungen in Haft genommen worden. Brönne, der 300000 Mar. vernichtet hat, und sich bereit erklärte, diese Summe wieder zurückzuerstatten, ist aus der Haft entlassen worden. Die Gemeinde Wittenberg hätte nur 1000 Mar. einbringen, bei der Sicherung des Anspruchs an Grunert dessen Lebensversicherung und Möbel mit Beschlag belegt wurden.“

Schleudri. Zu der für Donnerstag anberaumten Konstitution der Landesoberverordnetenversammlung sind die kommunalpolitischen Vertreter nicht eingeladen worden. Weiter wird die Wahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder und der Mitglieder der Kommissionen und Deputationen erfolgen.

Schleudri (Saalfeld). Angefahren und tödlich verlest wurde die Ehefrau Beutel auf der Landstraße nach Halle. Der Führer des Lastkraftwagens fuhr weiter, doch ist noch nicht festgestellt, ob er den Unfall überhaupt bemerkt hat.

Ramin (St. Vitterfeld). Zwei Ober Gewehre, die in alte Schürzen eingewickelt waren, wurden von Schulkindern aus dem Dorfsteil herausgeholt. Dem Verdacht nach zu urteilen, sind die Waffen erst vor wenigen Tagen in das Wasser geworfen worden. Man glaubt, daß die Veranlassung hierzu in der Verhaftung des kommunalpolitischen Disziplinärbehörden zu suchen ist.

Brandstiftung als polizeiliche Raubakt?

Carlsfeld (Kreis Halberstadt). In der Schlämichen Fährschifferei, die in einer Schonne untergebracht ist, brach während des Rudelunges Feuer aus. Die gesamte Schonneanlage, umfangreiche Strohhörde, landwirtschaftliche Geräte und die Schonne wurden in Asche gelegt. Die Entstehungsursache des Brandes wird noch untersucht, doch hält man es auch nicht für ausgeschlossen, daß ein politischer Raubakt in Frage kommt.



Die Mutter
ROMAN VON LOIA STEIN

88. Fortsetzung.

Madam verboten.
Udo flohen sie nur dahin bei der großen Arbeitslast, die er jetzt bewältigte. Vormittags kam Ruth Carini Gemühtlich blieb sie zwei Stunden. Man arbeitete, aber man plauderte auch. Ruths Geist, ihr Witz, ihre originellen Einfälle waren höchst anregend für Udo. Für sein neues Werk, das er allein, ohne sie schaffen wollte. Für den großen Cherman, an dem er die ersten Kapitel schon geschrieben hatte. Abends war das geistliche, wenn er spät mit Uchi nach Schluß des Kabarett nach Hause kam. Wenn sie vor Müdigkeit beinahe umfiel. Denn es wurde jetzt jeden Abend laut. Und Uchi war art und blumig und brauchte viel Schlaf. Aber Udos Frage, ob sie nicht lieber einmal dorthin bleiben und sich richtig auschlafen wollte, hatte sie in einem Tränkenmoment beantwortet, weil sie Viehlosigkeit, Gleichgültigkeit, herbende Liebe hinter dem Anfinnen witterte, das doch nur seiner Begegnung um sie entpungen war. Es war ja auch langweilig für Uchi. Abend für Abend dieselben Chansons, dieselben Tänze, dieselben Witze im Kabarett sehen und hören zu müssen. Aber da Udos Dienst ihn allabendlich dort festhielt, so wußte Uchi um seinen Preis ihm fern und zu Hause geblieben.
Sie war ja schon am Tage so viel allein. Denn wenn Ruth Carini endlich gegen Mittag ging, dann wurde ihnen gegeben, da Udo es eilig hatte. Und nach dem Gien ging er ins Bureau des „Meteor“, um mindestens zwei Stunden dort zu bleiben. Kam er dann zurück, so war er meistens so abgepannt, daß er ein Stündchen schlafen mußte. Sie schickte sich neben ihn, und das war die schönste Stunde des Tages, die einzige, in der sie wahrhaft glücklich war. Danach mußte man sich aufheben, um ins Theater ins Konzert, in ein Kino zu gehen. Sonntags jeden Abend erlebte man ja,

Und den Schluß des Tages bildete stets das Kabarett „Meteor“.

Aber auch die Theaterbesuche machten Uchi nicht mehr die ungetrübte Freude wie am Anfang ihrer Ehe. Sehr oft lagen sie die Carini, die sich sofort wieder in die Gunst des Publikums hineingepflegt hatte und viel behältigt war. Uchi mußte widerwillig zugeben: Diese Frau war eine große, fortsetzende Künstlerin. Aber sie folgte ihrem Spiel dennoch nicht gern. Ein dunkles, banges Gefühl überfiel sie stets, sobald sie Ruth Carini sah.

War Ruth unbehältigt, so ging sie natürlich dorthin, wo „etwas los“ war. Man traf sie, Man verplauderte die Parteien zusammen. Ein großer Kreis bildete sich um sie, wo man auch war. Früher, als Uchi ihren Mann an den Tagen für sich hatte, hatten ihr die vielen interessanten Menschen, denen man unterwegs flüchtig begegnete, Spaß gemacht. Jetzt hörten sie sie. Denn sie nahmen ihr noch mehr von Udos Gesellschaft.

Ob ging Ellen jetzt auch mit den Kindern. Die Carini brachte ihr Karten für jede neue Rolle, in der sie auftrat, oft auch für andere Theater; denn sie hatte ja überall viele gute Freunde, und es war ihr ein Leichtsinn, eine Freizeiter für Ellen zu erhalten. Und Ellen nahm sie dankbar an. Sie, die an die vielen Theaterbesuche seit Jahren gewöhnt war, hatte die künstlerische Anregung in diesem Theater jetzt entbehrt, ohne je darüber zu sprechen. Nun genoss sie, was die späte Saison ihr noch brachte. Sie sah zwar nicht mit den Kindern zusammen, aber die Pausen erlebte man doch gemeinsam, und dann war es nur zu natürlich, daß Ellen nicht allein nach Hause ging, sondern nach Schluß der Theater noch mit Udo und Uchi in den „Meteor“.

Eigentlich ist es gar keine richtige Ehe mehr, wenn man ständig mit anderen Menschen zusammen ist, dachte Uchi. Jedenfalls keine Ehe, wie ich sie verheißt und will. Sie erhob sich jetzt wieder. Die Vormittage schienen ihr endlos lang zu sein. Sie überdrachte sie unfähig, darum schickte sie Stunden. Aber was sollte sie auch beginnen? Sie ging aus dem Schlafzimmern, in dem sie am liebsten lag, wenn sie allein war, wenn sie doch nicht in Udos Arbeitszimmer durfte, in die Küche.

Wie so manches Mal schon in diesen letzten Wochen trage sie auch heute: „Kann ich dir nicht helfen, Mama?“

Ellen vernahm wie stets: „Es gibt wirklich nichts für dich zu tun. Uchi. In unserem einfachen Gien können wir unmöglich zu zweien herumkommen. Und sonst ist alles getan, Kind.“

Sie sprach freundlich, aber Uchi empfand ihre feste Ablehnung, wenn sie ihre Hilfe anbot, als Unfreundlichkeit. Gewiß mochte sie sich im stillen über die dumme kleine Schwiegermutter, die sie zu nichts nütze war. Uchi gewann es nicht über sich, die Schwiegermutter direkt zu bitten, ihr das Kochen zu zeigen. Würde Ellen es ihr in dieser Zeit angeboten haben, so hätte sie ihren Vorschlag gewiß dankbar angenommen, aber bitten wollte sie nicht.

Und die Schwiegermutter dachte wohl auch recht. Man abt ihr einhalt bei diesen lägeren Zeiten. Es gab nicht tonel zu fordern, daß zwei Frauen sich damit beschäftigen konnten. Und Ellen würde ihren Witz wohl nie einer anderen einräumen. Zudem — sie, Uchi, konnte nicht kochen, verstand nichts vom Haushalt, konnte nicht hupfen und hüten und idnerbern. Sie war schon recht unbrauchbar.

Sie empfand das immer wieder mit diesem Nummer. Juerit, solange Udo ihre Person so sehr brauchte und sie nie von seiner Seite ließ, hatte sie anders gehacht. Nun aber, seit er intensiv arbeitete, begriff sie, daß er in erster Linie jetzt eine Frau nötig hatte, die für ihn sorgte, die ihm das Heim gemütlich machte, das Ellen plünderlich und schmachhaft, die eben eine wirkliche Hausfrau im besten Sinne war. Und das war keine Mutter. Sie, seine Frau, schien nur noch ein Luxusgegenstand zu sein.

Wie sollte das je anders werden? Wie und bei wem sollte sie lernen, tüchtig und praktisch zu werden? Und wenn sie es würde, wie sollte sie sich betätigen? Wie sollte, wie konnte sie die Schwiegermutter, um ihren angekommenen Rechten und Pflichten verdrängen? Uchi seufzte mutlos.

(Fortsetzung folgt.)

Dejan. In den Angestelltenrat wurden bei den Wahlen auf die Nationalratslisten 216 Stimmen fünf Sitze (1931-1934). Freie Gewerkschaften 96 Stimmen, zwei Sitze (176.)

Ehemalige Reichsbannerangehörige bleiben im Arbeitsdienst.

Coswig. Das hier befindliche Arbeitslager des Reichsbanners ist jetzt aufgelöst worden, nachdem das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold schon seit einiger Zeit aufgelöst worden ist. Den Arbeitsdienstwilligen wurde aber freigestellt, weiter im Dienste des Staates zu bleiben. Von den 240 Mann sind nur 7 Mann diesem Wunsch nicht nachgekommen.

Sachsen verbietet das Schächten.

Dresden. Durch eine Verordnung des Reichskommissars für Sachsen ist das Schächten (Schächten) verboten. Ausgenommen bleiben Schlachtungen bei denen der Kopf des Schlachtieres vor der Blutentziehung schnellstens vom Rumpf getrennt wird und sogenannte Kotschlachtungen, bei denen eine Betäubung nicht ausführbar ist.

Leipzig. Von einem Wanderburschen überfallen wurde die Witwe Kimmelberg in ihrer Wohnung. Der Frau gelang es, den Burschen abzuwehren und Hilfe zu holen. Als die Polizei erfuhr, war der Täter verschwunden. Er konnte aber in einem Nachbarort festgenommen werden.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 26. März — (Lutare).

Kollekte für das Knaben-Rettungs- und Brüderhaus in Reinfeld.

Kemberg.

Vorm. 1/2 10 Uhr Predigtgottesdienst. Propst Vertram.

Nachm. 1/2 2 Uhr Prüfung der Konfirmanden.

Pfarrer Langbein und Propst Vertram.

Gommlo.

Vorm. 1/2 10 Uhr Prüfung und Einsegnung der Konfirmanden, anschließend Beichte und Abendmahlsfeier.

Pfarrer Langbein.

**Deckensteine
Lochporöse
Backofenplatten
Chamottesteine
Rohrgewebe
Dachpappe
Zement
Gips
Viehtröge**

empfeht billigt ab Lager

Albert Quilitzsch Nachf.
Kemberg (am Bahnhof) Fernruf 209

**Kalisalze
Thomasmehl
Kaliamonsalpeter
Natronsalpeter
Kalksalpeter
Amoniak
Phosphate
Nitrophoska
Kalk**

Deutscher Abend

Sonntag, den 26. März, abends pünktlich 8 Uhr im Hotel Blauer Hekt

Das große nationale Freiheitswerk

Wilhelm Tell

Schauspiel in 5 Akten (12 Bilder) von Friedrich v. Schiller unter Mitwirkung hiesiger Damen und Herren

Sonntags 50 Pfennig Anlässlich **Deutscher Tanz** Nachm. halb 3 Uhr: Für die Schuljugend Erwachsene 30 Pf., Kinder 20 Pf.

Seifenartikel für Wäsche und Hausputz kauft man am besten und billigsten im **Spezialgeschäft**. Müllers Seifenhaus empfiehlt allerbilligst: prima ausgetrocknete, gut schäumende **Kernseifen**, nur la Qualität, allerbeste weiße und gelbe **Schmierseife**, **Seifenspüler** löse und in Pasten, **Seifenschnitzel**, **Seifenflocken** (siehe Bd. 65 Pfg.), sämtliche **Martensartikel**, **Schauerartikel**, **Bohnerwachs** ge- färbt und ungefärbt, **Gummischürzen**, **Besen**, **Schrubber**, **Wasch- u. Scheuerbürsten**. — Wäsche rollen unentgeltlich. **H. Müller**, Burgstraße 29

**Preussisch-Süddeutsche
Rassenlotterie**

Auf je 100 Lose fallen 43 1/2 Gewinnslose. Ueber 114 Millionen Tomanen in 5 Klassen zur Auspielung 11148 Mittelgewinne in Höhe von 1000 bis 5000 RM

Ziehung 1. Klasse 21. und 22. April

1/5 — 1/4 — 1/2 — 1/1 Los

5,— 10,— 20,— 40,—

Staatliche Lotterie-Einnahme **Messerschmidt, Wittenberg** Mittelstr. 62, gegenüber Cafe Richter

Telefon 2211

**30 Zentner
Stroh**

find zu verkaufen **Weinbergstraße 8**

Prima frisches **Rind-, Kalb-, Schweine- und Hammelfleisch**

Kasseler Rippenfleisch

frische Sülze

frische Bratwurst, Jagdwurst ff. Bockwurst

Wiener Würstchen

alle Sorten Wurstwaren frisch und geräuchert

empfeht **Gwald Ballmann**

Weisse Enten-Bruteier

hat zu verkaufen **Richard Crichson, Anhalterstr. 30b**

Sackwitz

Sonntag, den 26. März 1933

Öffentliches

Sänger-Kränzchen

verbunden mit Gefängnisporträgen

noch freundlich einladen

Gefängnisverein **Neuro-Sackwitz** und die **Witkin**

Empfehle prima frisches **Rind-, Kalb- u. Schweinefleisch**

frische Sülze

Kasseler Rippenfleisch

div. Aufschnitt

Kaiserjagdwurst, Mortadella

Wiener Würstchen

Bockwurst und Breslauer

Heinrich Schneider

Prima frisches **Rind-, Kalb- u. Schweinefleisch**

Kasseler Rippenfleisch

rohen und gefochten **Schinken**

Wiener und Bockwurst

alle anderen Wurstwaren

frisch und geräuchert

empfeht **Louis Richter**

Rüben-Samen

gelbe Eckendorfer 1 Abfaat

1 Ztr. 18.— M., rote 20.— M.

Wöhrensamen

gelbe Eckendorfer 1 Pfd. 1.50 M

offiziert freibleibend

Höbel, Dgeln

Ischias-, Gicht- und Rheumatismuskranke

teile ich gern gegen 12 Pfg. Rückporto sonst kostenfrei mit, wie ich vor Jahren von meinem schweren Ischias- und Rheumatismen in ganz kurzer Zeit befreit wurde

Stieling, Kantinenpächter, Frankfurt/Oder 130, Jüdenstraße 6

Ihre Garderobe

färbt stopft reinigt

fachgemäß zu den niedrigsten Preisen.

Burger Färberei.

Annahmestelle: **Edwig Müller**, Seifenhaus, Burgstraße 20.

kräftige **Lang- und Schaffstiefel**

Arbeitschuhe

handgearbeitete **Langstiefel** hat ständig am Lager

Otto Baackh, Leipzig/Leipziger Straße 34

Rein Baden

Eine **Spanntub** hat zu verkaufen

Gastwirt Runge, Rotta

Futterrüben

und **trebsjette Saftartoffeln**

verkauft **Koppe, Schnellin**

Rübenferne

Eckendorfer, 1. Abfaat, gelb und rot

Original Astania bringt (Kleinen Erträge)

Lobbericher Möhrensaft

Rotklee, Luzerne, Serabella

Beluschten, Erbsen, Widen

Anieling, Buchweizen

Sennsaat, Weißerüben samen

Gesamtwiebeln

Grassaaten für Wiesen und Schmutzrasen, sowie sämtliche

Gemüse- und Blumen-Sämereien

frisch eingetroffen und empfiehlt

billigst **Robert Lux Nachflg.**

Willy Weber

Hochfeinen Sauer Kohl

(selbst eingemacht)

empfeht **E. G. Pfeil**

Unter-Wohnung

drei Zimmer, Küche Keller, große Stallungen und Hausboden zum 1. Mai zu vermieten **Leipziger Straße 2.** Näheres bei

Carl Mattheß

Eingezäuntes Gartenland

am Waldrand an der Peripherie der Stadt mit Bäumen (evtl. verläßt, Gartenhäuschen) per sofort oder später zu verpachten. Näheres ist zu erfahren bei Herrn Beigeordneten Kolbe, Leipziger Straße.

Konfirmationskarten

in reichhaltigster Auswahl und zu billigsten Preisen

Schriftkarten mit Umschlag von 3 Pfg. an

Buchkarten mit Umschlag von 10 Pfg. an

empfeht, mit und ohne Namensdruck

Richard Arnold, Kemberg, Leipziger Straße und Markt.

— Günstige Einkaufsquelle für Wiederverkäufer! —

In unser Handelsregister Abt. A ist heute bei Nr. 26, Kunstfeinwerk Schueppe & Co. Kemberg, folgendes eingetragen:
Die Firma ist auf den Kaufmann Julius Kohnert in Kemberg übergegangen. Der Uebergang der Aktien und Passiven ist bei dem Erwerbe des Geschäftes durch Julius Kohnert abgeschlossen.
Kemberg, den 20. März 1933. **Amtsgericht.**

In unser Handelsregister Abt. A ist heute bei Nr. 26, Kunstfeinwerk Schueppe & Co. Kemberg, folgendes eingetragen:
Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1933 begonnen. Zur Vertretung sind die beiden Gesellschafter nur gemeinschaftlich berechtigt.
Kaufmann Ernst Jahn in Kemberg ist als persönlich haftender Gesellschafter eingetretten.
Kemberg, den 20. März 1933. **Amtsgericht.**

Die gemeinliche Berufsschule veranstaltet Dienstag, den 28. d. Mts., nachmittags 6 Uhr in der Hopfenblüte
eine Schluß- und Entlassungsfeier.
Die Eltern und Lehrherren der Schüler werden zu diesem Abend hierdurch herzlich eingeladen.
Kemberg, den 24. März 1933.
Der Leiter der gem. Berufsschule:
Röhler, Rektor.

Konfirmations-Einladungen

empfehlen **Richard Arnold**, Leipziger Straße und Markt

Konfirmanden-Anzüge

**Oberhemden, Einsäghemden
Wochenendhemden
Polohemden
Kragen, Selbstbinder, Socken
Handschuhe**
in bekannt guten Qualitäten
zu zeitgemäß billigen Preisen.



Wilh. Weydanz.

Kümmernergebe man „Osteosan“ Frei v. Krampf, Lähme, Steifigkeit und ohne Verluste waschen die Jungtiere auf bei Verwendung der erprobten **W. Brockmann'schen Vieh-Heberrauung** der erprobten **W. Brockmann'schen Vieh-Heberrauung** (Milchfütter). Wirkt verblüffend schnell und sicher! Geht nur in Original-Abfüllungen — niemals löse auszuweichen. Der Name **W. Brockmann** bürgt für Qualität! Bestellen Sie gratis in unseren Verkaufsstellen oder direkt von uns, **W. Brockmann'sche Werke** (6. Ausgabe), er sagt Ihnen, wie man gesund und billig füttert.
Chem. Fabrik m. b. H., Leipzig-Eutr. 21e
Zu haben: In Kemberg in der Löwen-Apotheke Karl Elbe, Werner Bernstein, Markt-Dröge; Wilhelm Voder Wwe., Drogen und Kolonialwaren, Wittenberger Straße 19; J. G. Glaubig; Rudolf Hubn; C. G. Weil.

Zu Konfirmations-Geschenken

Gesangbücher - Jugendschriften

Brief- und Kartenkassetten, Photo-Alben
Füllfederhalter, Füllbleistifte
Brief- u. Aktenmappen | Toilette- und Taschen-Spiegel
Handtaschen | Parfümerien
Portemonnaies | Feinseifen
Stadt- u. Reise-Koffer | Manicure- und Kamm-Kästen

Hübsche Handarbeiten

Nessel-Schürzen und -Kleider
zum Aussticken, angefangen und fertig
Taschentücher :: Taschentuchbehälter
Nähkörbe und Nähkästen

Sammeltassen Konfektkörbchen Bonbonieren
und noch viele andere stets willkommene **Geschenkartikel**
in reicher Auswahl und zu billigen Preisen

Richard Arnold :: Kemberg
Leipziger Straße und Markt

**Rauchen Sie nur noch
Modjo-Sandblatt**
die neue führende Zigarre
in der 10 Pfg. Preislage
von **J. G. Glaubig.**

Ratsfeller
Sonntagabend 8 Uhr
Preis = Stat
Empfehle: **Speckfuchen**
Es ladet freundlich ein **W. Knat**

Waldbaus Niemiß
Zum Sonntag empfehle
**ff. Kaffee und Kuchen
frische Blinjen**
Es ladet freundlich ein **Paul Sandler**

Rotta
Sonntag, den 26. März, von
7 Uhr abends ab
allgemeiner Ball
wogu freundlich einladet **Freihahn**

Bahnhofswirtschaft
Kuchen
Sonntag, den 27. März, von nach-
mittags 2 1/2 Uhr
Preis = Stat
Es ladet freundl. ein **Otto Flug**

Der Stahlhelm
Bund der Frontsoldaten
Zu unserm Kameradschafts-
abend morgen Sonntagabend lade
ich nochmals alle Kameraden mit
ihren Frauen hierdurch ein
Der Ortsgruppenführer

**Krieger- u. Land-
wehr-Verein**
Die morgen fällige Ver-
sammlung findet nicht
statt. **Der Vorstand.**

Kleinkaliber
Sonntag nachmittag
2 Uhr
Anschießen

Dantjagung.

Schlaganfall! Kopfschmerzen u. Schwindelanfälle
Ich litt seit vielen Jahren an jagbaren Kopfschmerzen und Schwindelanfällen und hatte im vorigen Jahr einen Schlaganfall, wo ich fast 4 Monate gelähmt war. Ich bin 58 Jahre und mein Blut machte mir große Schwierigkeit auf Befreiung. Da erfuhr ich von Herrn Indisches Kräuter-Pulver und machte eine Kur. Jetzt nach der 6. Schachtel fühlte ich mich wie neugeboren, kann wieder laufen und alle meine häuslichen Arbeiten verrichten. Ich habe Ihr Indisches Kräuter-Pulver schon vielen Bekannten empfohlen. Ich sage Ihnen hiermit meinen herzlichsten Dank. So schreibt Frau Anna Wöl, Dessau, Gildengasse 25b, am 17. März 1933.

Illbert's Indisches Kräuter-Pulver besteht aus 19 verschiedenen meist indischen Kräutern. Absolut unschädlich. Es hat sich schon tausendfach bewährt bei: Adernverkalkung, Herzbeschwerden, Asthma, Hämorrhoiden, Leber- u. Gallenbeschwerden, Verdauungsstörungen, rheumatischer Kopfschmerzen, Migräne, Hautausschlag, Gicht, Rheuma, Stoffwechsellkrankungen. Schachtel 8,- RM., reicht 15 Tage, das sind pro Tag nur 20 Pfg. Kl. Schachtel 1,50 M., reicht 7 Tage. Vorrätig in der Löwen-Apotheke Kemberg.

Donnerstag, den 30. März bis Sonntag, den 1. April



Lysin ist die Lösung
Ein R.N. Film

Sport-Berein Rot-Weiß 1931

Kemberg

Sonntag, den 26. März

großes Werbesportfest

Vormittags von 9 Uhr an u. nachmittags auf dem Sportplatz

Fußballspiele

Abends 7 Uhr kommen im **Schützenhaus** zwei hervorragende Sportfilme zur Aufführung

1. Die Olympiade der Deutschen 1926

2. König Fußball

Anschließend Ball für die Besucher

Eintritt einschl. Tanz 50 Pfg.

Es ladet freundlich ein **Der Vorstand**

Zahlungsbefehlsformulare

empfehlen **Richard Arnold**, Buch- und Papierhandlung

4%		Revolution		4%	
im Thau- u. Baden					
4% Rabatt in Marken!					
Blumentohl, große Köpfe	25 Pfg.	Margarine A	Pfd.	23 Pfg.	
Zornaten	Pfd. 41	Fett	"	38 "	
Apfelsinen	10 Stück 49	Coosofett	"	34 "	
Äpfel	4 "	Schmalz r. a.	"	55 "	
Sauertraut	Pfd. 7	Fleischsalat	1/2	22 "	
Zwiebeln	" 7 1/2	Karfiel	"	22 "	
Bierschokolade	" 30	Strawberries	Str.	Dofe 44	
Waffeln	" 31	Geleebeinge	"	54 "	
Äpfel	" 27	Delgadinen	"	15 "	
Erbsen-Konfitüre	" 50	Buch	"	65 "	
Schmitzbohnen	Dofe 42	Weggenmehl	5	99 "	
Leipziger Meisel, echt	Dofe 68	Weggenmehl, prima	5	99 "	
Bachmannen	Pfd. 26	Erbsen, gelbe	Pfd.	17 "	
Milchobst	" 45	Erbsen, geschält, ganz	"	32 "	
Bücklinge	" 17	Blinjen, große	"	21 "	
Gebr. Gerste	" 21	Schnittmüden	"	30 "	

Ausstech-Margarine

in Qualität und Preis wohl unerreicht — 1 Pfund nur 30 Pfg.

Schmierseife, gedörrt Pfd. 22 Pfg. Schokolade 100 Gr.-Stk. 15 Pfg.
Reinseife, hart 1 " 22 " Ferraguna 100 Gr.-Stk. 116 Pfg.
Toilettenseife 200 Gr. 20 " Osterbienen, Dörrer
Schneerührer 1 Liter 14 " weiß und gelb
Wermutwein 1 Liter 84 " Stück 5 Pfg., 5 Stück 20 Pfg.
1 Pfd. Kofee und 1 Glasgale nur 108 Pfg. (auf Wunsch 84 Pfg. für die Glasgale in das Oster-Vollmilch-Schokolade
100 Gr.-Zettel nur 20 Pfg.
Jeder Preis ein Beweis unserer Leistungsfähigkeit!

Herbert Voormann **Thams & Garls** Niederlage Kemberg

Deutscher Reichstag

Hitters große Programmrede

Berlin, 23. März.

Saal und Tribünen sind bis auf den letzten Platz besetzt. Fröhlich haben sich auch in der Diplomatengalerie einige Besucher, zum Teil mit ihren Damen eingefunden, darunter der englische Botschafter.

Der Reichstagspräsident Adolf Hitler wird bei seinem Eintritt in den Saal von seinen Parteifreunden durch Erheben von den Sitzen begrüßt. Er nimmt seinen Abgeordnetenplatz ein, während am Regierungstisch die Minister von Neurath und Graf Schwerin-Krosigk sitzen.

Reichstagspräsident Göring eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in der er des Geburtstags des Dichters der nationalen Freiheitsbewegung Dietrich Eckardt gedenkt. Die Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion und der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot erheben sich von den Sitzen bei dieser Ansprache, die der Präsident mit dem Vortrag eines Verleses aus dem Lied „Deutschland erwache“ schließt. Der Präsident macht dann Mitteilung von der Konstituierung der Ausschüsse.

Als erster Gegenstand steht auf der Tagesordnung die von den Regierungsparteien beantragte

Änderung der Geschäftsordnung.

die im Geschäftsordnungsausschuß bereits angenommen wurde. Präsident Göring erteilt dem Ausschußberichtserstatteten Abg. S. Böhr (Nat.-Soz.) das Wort, der zunächst darauf hinweist, daß die Ausschussmehrheit den sozialdemokratischen Antrag auf Haftentlassung der in Schutzhaft befindlichen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten ablehnt habe. Hinsichtlich der Geschäftsordnungsänderung betont der Berichtserstatter, Obfraktionschef, nationalsozialistische Mitglieder der Nationalsozialisten, seien damals eine stützende Notwendigkeit gewesen. Heute, unter den völlig veränderten Umständen, würde jedoch eine Obstruktion gegen die Absichten der Reichsregierung als eine grobe Mißhandlung betrachtet werden müssen, gegen die die härtesten Maßnahmen notwendig seien (Zustimmung rechts). Die Geschäftsordnungsänderung will die ordnungsmäßige Wahrnehmung der Geschäfte sichern, die im Interesse des deutschen Volkes durchgeführt werden müssen.

Der Antrag wird hierauf mit den Stimmen des Regierungsbündes und der beiden katholischen Parteien angenommen.

Der Antrag auf Haftentlassung der sozialdemokratischen Abgeordneten wird mit den Stimmen des Regierungsbündes bei Stimmhaltung der katholischen Parteien abgelehnt.

Es folgt nun als zweiter Punkt der Tagesordnung die Entgegennahme einer

Erklärung der Reichsregierung

Reichstagspräsident Adolf Hitler, in brauner Parteiuniform, nimmt seinen Platz an der Spitze des Regierungstisches ein und wird mit einem dreifachen Heil-Ruf und dem Heilshandgruß von den Nationalsozialisten begrüßt. Er geht dann zum Rednerpult und führt u. a. aus:

Am Einvernehmen mit der Reichsregierung haben die Nationalsozialisten und die Deutschnationale Volkspartei ihren durch einen Initiativ-Antrag ein Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich zur Beschlußfassung unterbreitet. Die Gründe für diesen außerordentlichen Vorgang sind folgende:

Die Novemberrevolution

Am November 1918 rissen marxistische Organisationen durch eine Revolution die vollziehende Gewalt an sich.

Die moralische Legitimierung suchten sie in der Behauptung, Deutschland bzw. seine Regierung trüge die Schuld am Ausbruch des Krieges. Diese Behauptung war wissenschaftlich und sachlich falsch.

In der Folge führte aber diese im Interesse unserer damaligen Feinde liegende unmaßvolle Anfechtung zu schweren Unterdrückungen des gesamten deutschen Volkes. Unter Bruch der uns in den 14 Punkten des Versailler Vertrags zugesicherten Garantien für das schaffende deutsche Volk eine Zeit grenzenlos lang.

Alle die von den Männern des November 1918 gemachten Versprechungen erwiesen sich, wenn schon nicht als bewußte Täuschung, so doch als nicht minder verdammernde Illusionen.

Die Entzugsgesetze der Revolution waren nur für kleinste Teile unseres Volkes angenehm, für die überwältigende Mehrzahl aber, soweit sie sich durch redliche Arbeit das tägliche Brot verdienen mußte, unendlich traurig. Unser Volk hat in dieser Zeit auf allen Gebieten einen Verfall erlitten, der vorher kaum vorstellbar war. Das deutsche Volk hat trotz seiner schweren Beweglichkeit in politischen Dingen sich selbst von dem dafür verantwortlichen Parteien und Männern abgewandt. Die Zahl der innerlich auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Deutschen war trotz der suggestiven Bedeutung und richtungslosen Ausnutzung der Regierungsgewalt am Ende nur ein Bruchteil der gesamten Nation.

Es ist weiter das charakteristische Merkmal dieser vierzehn Jahre gewesen, daß, abgesehen von natürlichen Schwankungen, die Linie der Entwicklung konstant nach unten führte. Diese depressierende Erkenntnis war mit einer der Ursachen der allgemeinen Verzweiflung, die förderte die Einheit von der Notwendigkeit einer gründlichen Abkehr von den Ideen, Organisationen und Männern, in denen man mit Recht die tiefere Ursache des Verfalls zu erkennen begann.

Die nationalsozialistische Bewegung vermochte daher trotz brutaler Unterdrückung immer mehr geistig und willensmäßig die Menschen zum Abwehrkampf zu erheben.

Sie hat im Verein mit den anderen nationalen Verbänden nunmehr innerhalb weniger Wochen die seit dem November 1918 herrschenden Mächte beseitigt und in einer Revolution die öffentliche Gewalt in die Hände der nationalen Führung gelegt. Am 5. März hat das deutsche Volk diesem Akt seine Zustimmung erteilt.



Kampf dem Kommunismus

Das Programm des Wiederaufbaus von Volk und Reich ergibt sich aus der Größe der Not unseres politischen, moralischen und wirtschaftlichen Lebens.

Der durch die marxistische Irrlehre systematisch herbeigeführte Verfall der Nation in melanancholisch unvereinbare Gegensätze bedeutet die Vernichtung der Basis eines möglichen Gemeinschaftslebens, die Auflösung aller Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung, die völlig ungenügende Einwirkung der Einzelnen zu den Begriffen Staat, Gesellschaft, Religion, Moral, Familie, Wirtschaft, Eigentum reißt Differenzen auf, die zum Krieg aller gegen alle führen müssen. Allein die Methoden des individuellen und Massenterrorismus haben uns im Laufe weniger Jahre über 300 Tote und 10.000 Verletzte gefolgt.

Die Brandstiftung im Reichstag, als überätzter Versuch einer groß angelegten Aktion ist ein Beispiel dessen was Europa von einem Siege dieser teuflischen Lehre zu erwarten hätte. Wenn eine bestimmte Presse außerhalb Deutschlands versucht, die nationale Erhebung Deutschlands zu verhindern, so kann mich das nur in meinem Entschluß bestärken, mich unverzüglich zu lassen um in kürzester Zeit dieses Verbrechen durch die öffentliche Brandstiftung des feindlichen Brandfiskus und seiner Komplizen zu läshen. (Stürmischer Beifall b. d. Nationalsoz.)

Der ganze Umfang der beabsichtigten Aktion dieser Organisationsform ist weder dem deutschen Volk noch der übrigen Welt genügend zum Bewußtsein gekommen. Nur durch ihr dringliches Zutun kann die Regierung eine Entwidlung verhindert, die bei einem katastrophalen Ausgang ganz Europa erschüttert haben würde. Es wird die oberste Aufgabe der nationalen Regierung sein, diese Erscheinungen nicht nur im Interesse Deutschlands sondern auch in dem des übrigen Europa restlos zu beseitigen.

Dabei handelt es sich jedoch für die Regierung nicht nur um die negative Bekämpfung des Kommunismus sondern vor allem auch um die positive Aufgabe der Gewinnung des deutschen Arbeiters für den nationalen Staat.

(Stürmischer Beifall rechts und in der Mitte). Die Beseitigung des Kommunismus in Deutschland ist allein eine innerdeutsche Angelegenheit, an der die übrige Welt nur insofern interessiert sein mag, als der Ausbruch des kommunistischen Chaos in Deutschland zu furchtbaren Folgen für das übrige Ausland führen könnte. (Leb. Zustimmung rechts.)

Das Verhältnis zu den Ländern

Das Sinken des Ansehens der Reichsregierung, das sich aus den unklaren inneren Verhältnissen in Deutschland ergeben mußte, regte bei verschiedenen Parteien in einzelnen Ländern Verurteilungen an, die mit der Reichseinheit unverträglich sind. Das Uebermaß des zerplitterten eigenständlichen Lebens in der Vergangenheit war der Welt- und Lebensstellung unseres Volkes verderblich.

Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, durch das Ermächtigungsgesetz die Länder aufzugeben. Wohl aber wird sie die Weisungen treffen, die geeignet sind, auf immer eine Gleichmäßigkeit der politischen Intentionen im Reich und in den Ländern zu gewährleisten. Dabei wird das kulturelle und wirtschaftliche Eigenleben der Länder nicht verweigert werden.

Zu einer völligen Entwertung der geltenden Körperschaften führt es, wenn sogar im Rahmen der normalen Legislaturperiode von vier Jahren das Volk gezwungen ist, an die zwingig Male zur Wahlurne zu gehen. Hier wird die Reichsregierung einen Weg finden, um innerhalb der Legislaturperiode durch eine einmalige Willensfindung des Volkes im ganzen Reichsgebiet die Verhältnisse in den geltenden Körperschaften festzusetzen.

(Sehr richtig! rechts.) Die Gleichheit vor dem Recht wird aber aller zugebilligt, die mit für die Nation eintreten und die der Regierung ihre Unterstützung nicht verlagern. Es wird zu den höchsten Aufgaben der Regierung gehören, die geistigen Führer der Vernichtungstendenzen zur Verantwortung zu ziehen, die verführerischen Millionen Volksgenossen aus zu retten. (Lebhafter Beifall.)

Das Anwachsen dieser verheerenden Bewegungen ist überhaupt nur eine Folge der Schwäche der früheren Regierungen.

Es ist nun Sache des Reichstages, auch zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Am Schicksal des Kommunismus aber und der sich mit ihm verbindenden Organisationen ändert dies nichts. (Stürmischer Beifall.)

Keine Restauration

Die nationale Regierung sieht im Hinblick auf die jetzt

Kanferrede im Reichstag.

Der Reichstag während der Entgegennahme der Regierungserklärung durch den Reichstagspräsidenten

in Folge herrschende Not die Frage einer monarchistischen Restauration als undisputabel an, schon wegen dieser jetzt herrschenden Notlage des Volkes. Sie würde den Versuch einer Lösung dieses Problems auf eigene Faust in einzelnen Ländern als Angriff auf die Reichseinheit betrachten und demgemäß ihre Verbalten einrichten. (Stürmischer Beifall b. d. Nationalsozialisten.)

Moralische Sanierung

Gleichlaufend mit der politischen Enttäuung des öffentlichen Lebens wird die Reichsregierung eine durchgreifende moralische Sanierung an unserem Volksvorstand vornehmen. Theater, Film, Rundfunk, Presse sind Hilfsmittel für diese Aufgabe.

Die Kunst hat jetzt die Aufgabe, Ausdruck des bestimmenden Zeitgeistes zu sein, des aufkommenden Heroismus. Blut und Kasse stehen jetzt beherrschend im Vordergrund.

Dabei ist es selbstverständlich, daß die Traditionen der Vergangenheit zu pflegen sind. Mit der politischen und moralischen Enttäuung des öffentlichen Lebens wird zugleich ein tief innerlich religiöses Leben gelehrt. (Sehr richtig! rechts.)

Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen wichtige Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums.

Sie wird die zwischen ihnen und den Vätern abgeschlossenen Verträge respektieren. Sie erwartet aber und hofft, daß ihre Arbeit an der sittlichen und moralischen Erneuerung des deutschen Volkes auch bei den Konfessionen die gleiche erforderliche Beachtung findet. Sie wird allen anderen Konfessionen in objektiver Gerechtigkeit gegenüberstehen.

Sie kann aber nicht dulden, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession oder Rasse eine Entbindung von allgemeinen Gesetzen begründet oder Freiheiten für Forderungen darstellen könnte.

In den Schulen wird das Mitwirkungsrecht der Konfessionen gelindert und gewährleistet werden.

Unter Recht stehen muß in erster Linie der Erhaltung der Volksgemeinschaft dienen. Der Unabgebarkeit der Richter auf der einen Seite muß die Fairness gegenübergestellt werden, daß im Mittelpunkt des Rechts nicht das Individuum, sondern das Volk steht.

Landes- und Hochverrat sollen künftig mit barbarischer Rücksichtslosigkeit unterdrückt werden. (Stürmischer minutenlang anhaltender Beifall b. d. Nat.-Soz. und Unat.)

Dienst am Volke

Auf den Gebieten des wirtschaftlichen Lebens wird ein Gesetz all unter Handeln bestimmen: Das Volk lebt nicht für die Wirtschaft, und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk. (Stürm. Beifall b. d. Nat.-Soz.)

Grundsätzlich wird die Regierung die Behebung der wirtschaftlichen Interessen des Volkes nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie betreiben, sondern durch stärkliche Förderung der Privatinitiative und der produktiven Arbeit selbst. (Leb. Beifall rechts und i. d. Mitte.) Aber zwischen der produktiven Initiative und der produktiven Arbeit muß ein gerechter Ausgleich hergestellt werden. Und die öffentliche Verwaltung soll das Ergebnis der Arbeit durch Sparmaßnahme respektieren. (Sehr richtig! rechts.)

Die unanschiebliche Reform unseres Steuerwesens muß vor allem zur Vereinfachung und zur Verbilligung der Besteuerung führen. Grundsätzlich soll die Steuerhöhe an den Strom gebaut werden und nicht an die Quelle. (Sehr richtig! rechts.)

Die Regierung wird grundsätzliche Währungsversuche vermeiden.

Zwei Wirtschaftsaufgaben erster Ordnung

Zwei Wirtschaftsaufgaben erster Ordnung stehen voran. Die Rettung des deutschen Bauern muß unter allen Umständen durchgeführt werden.

(Stürm. Beifall.) Die Geburderhaltung über Rentabilität der Landwirtschaft ist zugleich die erste Voraussetzung für das Wohlergehen des deutschen Bauern, des deutschen Binnenhandels und des deutschen Exports. Ohne das Gegengewicht des deutschen Bauernums hätte der Wahnsinn des Kommunismus heute schon Deutschland überannt und damit die Gesamtwirtschaft vernichtet. (Sehr richtig! rechts und i. d. Mitte.) Deshalb gehört die weitere Befriedung des deutschen Bodens auch mit zu den höchsten Aufgaben der nationalen Regierung.

Die endgültige Behebung der Not auf wirtschaftlichem Gebiet hängt aber wesentlich mit ab von der Eingliederung der Arbeitslosen-Arme in den Produktionsprozeß. Hier sieht die Regierung ihre zweite und gewaltigste Aufgabe.

nfälle
elanfällen
e gelohnt
Bierung
kur. Seit
ter. Bulen
berglühen
März 1933.
inischen
währt bei:
Nachher
1. April
31
eft
tplay
her-
6
her
tand
lare
ierhandlung
4%
d. 23 Wfg.
88
84
85
83
82
84
84
85
80
89
87
17
22
21
30
30 Wfg.
El. 15 Wfg.
er 116 Wfg.
20 Wfg.
id 25 Wfg.
ur 20 Wfg.
ederlage
Kemberg

Diese Aufgabe kann nur gelöst werden mit der unbedingten Durchführung aller dafür notwendigen Maßnahmen, auch wenn diese Maßnahmen im Augenblick keine Popularität finden. Im Zusammenhang hiermit ist allein auch die Rettung des deutschen Mittelstandes möglich. Auch im Mittelstand sind Millionen von Arbeitnehmern beschäftigt. Als Arbeiter und als Nationalsozialisten fühle ich mich ihnen als einzigem Gefährten meiner Jugend verbunden. (Stürm. Beifall rechts.)

Die Sozialpolitik wird in der Verwaltung reformiert werden. Der Reichstag liegt nicht ferne als Erneuerbarkeit. Wir wissen, daß wir die Verbindung mit der Welt nötig haben. Da jedoch Deutschland lange Jahre gequält war, Leistungen ohne Gegenwerte zu vollbringen, ist unsere Exportfrage heute weniger eine handelspolitische als eine finanzpolitische Angelegenheit. Solange man uns eine gerechte Regelung unserer Auslandsschulden nicht ermöglicht, sind wir leider zur Aufrechterhaltung der Devisenwertstabilität gezwungen. Grundsätzlich jedoch wünschen wir die Einmündigung unseres Reichs in den friedlichen Wettbewerb der Nationen.

Was die Verkehrspolitik anlangt, so verweist der Kanzler auf die bevorstehende Förderung des Kraftverkehrs.

und fügte hinzu: Die Erhaltung der Reichsbahn und ihre möglichst schnelle Zurückführung in den Besitz des Reiches ist eine Aufgabe, die uns nicht nur wirtschaftlich, sondern auch moralisch verpflichtet (Beifall rechts).

Die Entlohnung des Luftverkehrs

als eines Mittels friedlicher Verbindung der Völker untereinander wird die nationale Regierung mit Eifer pflegen. (Beifall rechts.) Für alle diese Maßnahmen bedarf die Regierung auch der hingebenden Arbeit des Berufsbeamten.

Der Schutz der Grenzen des Reiches und damit des Lebens unseres Volkes hängt heute bei unserer Reichswehr, die entsprechend den in Versailles auferlegten Bedingungen heute als einzige wirklich abgerüstete Armee der Welt anzusehen ist. Trotz der dadurch bedingten Kleinheit und Unzulänglichkeit der Rüstung darf das deutsche Volk mit stolzer Befriedigung auf seine Reichswehr zeigen. (Stürmischer Beifall.)

Das deutsche Volk hat seine ihm im Friedensvertrag auferlegten Pflichten in peinlicher Gewissenhaftigkeit erfüllt. Deutschland wartet nun seit Jahren auf die Einlösung des Versprechens der übrigen Staaten, die uns unserer Verantwortung zu folgen.

Es ist der aufrichtige Wunsch der nationalen Regierung, von einer Verneuerung des deutschen Heeres und anderer Waffen absehen zu können, sofern endlich die andere Welt geneigt ist, auch ihre Verpflichtung zu einer radikalen Abrüstung zu vollziehen.

(Stürm. Beifall rechts und im Ztr.). Denn Deutschland will nichts anderes als gleiche Lebensrechte und gleiche Freiheit. Für diesen Geist des Freiheitswillens allerdings wird die nationale Regierung das deutsche Volk erziehen (starker Beifall rechts). Die Ehre der Nation, die Ehre unserer Arme, das Ideal der Freiheit, sie müssen dem deutschen Volke wieder beibringen werden (leb. Beifall).

Das deutsche Volk will mit der Welt in Frieden leben. Die Regierung wird gerade deshalb mit allen Mitteln für die Beilegung einer Scheidung der Völker der Erde in zwei Kategorien eintreten. Die Regierung sieht als grundlegend notwendig an:

1. eine unbedingte Autorität der politischen Führung im Inneren zur Herstellung des Vertrauens in die Stabilität der Verhältnisse, 2. die Sicherstellung des Friedens durch die wirklich großen Nationen auf lange Sicht zur Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander, 3. den endgültigen Sieg der Grundkräfte der Vernunft in der Organisation und Führung der Wirtschaft sowie eine allgemeine internationale Entlastung von Reparationen und unmöglichen Schuld- und Zinsverpflichtungen.

Die Reichsregierung unterliegt keine Bemänglung für eine allgemeine Abrüstung bei dem Verlangen nach Sicherstellung des deutschen Standpunktes auf Gleichberechtigung.

Wir messen dem Plane des Chefs der italienischen Regierung die ernsteste Bedeutung bei und sind bereit, auf dieser Grundlage aufrechtzuarbeiten bei dem Verzuge, die vier Mächte Deutschland, Italien, England und Frankreich zu einer Zusammenarbeit zu bringen, von deren Ergebnis das Schicksal Europas abhängt. Besonders dankbar empfinden wir die verbindlichste Bereitschaft, mit der die nationale Erhebung Deutschlands in Italien begrüßt worden ist (stürm. Beifall rechts).

Gutes Verhältnis zum Ausland

Ebenso legt die Reichsregierung größten Wert darauf, freundliche Beziehungen zum Seiligen Stuhl weiter zu unterhalten und auszugestalten. Der Kanzler betont dann unter Hinweis auf Österreich, daß die Reichsregierung sich der Verbundenheit des Schicksals aller deutschen Völker wohl bewußt sei. Was die anderen Mächte anlangt, so fährt er fort, so wollen wir uns ehlich bemühen, einen Ausgleich zu finden, auch, wo die gegenseitigen Beziehungen heute noch nicht ganz geklärt sind.

Allerdings kann die Grundlage bei diesen Bemühungen niemals die Unterordnung in Sieger und Besiegte sein.

(Stürmischer Beifall). Ein solcher Ausgleich ist auch mit Frankreich möglich, wenn die Regierungen die sie betreffenden Probleme beiderseits weitgehend in Anstalt nehmen.

Gegenüber der Sowjetregierung

Ist die Reichsregierung gewillt, freundliche, für beide Teile nutzbringende Wege zu gehen. Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland ist unsere innere Angelegenheit, in die wir Einmischungen von außen niemals dulden werden. (Stürmischer Beifall b. d. Nationalsozialisten.)

Die Reichsregierung wird immer nachdrücklich für die den deutschen Arbeiter international garantierten Rechte eintreten (Beifall). Wir begrüßen den Plan der Weltwirtschaftskonferenz, wir sind mit ihrem baldigen Zusammenritt einverstanden. Die Reichsregierung ist bereit, daran mitzuarbeiten, um endlich positive Ergebnisse zu erlangen. Zu den wichtigsten Problemen gehört auch die Regelung unserer kurzfristigen und langfristigen Verschuldung und die Anpassung unseres Zinsfußes an den niedrigen Satz, der sonst in der Welt gilt. (Beifall.)

Das Ermächtigungsgesetz

Um die Regierung in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben in dem abzeichneten Rahmen zu erfüllen, hat sie

im Reichstag durch die beiden Parteien das Ermächtigungsgesetz einbringen lassen. Ein Teil der beabsichtigten Maßnahmen erfordert die verfassungsändernde Mehrheit. Die Durchführung und Lösung dieser Aufgaben ist notwendig dem dem Sinn der nationalen Erhebung widersprechen und dem beabsichtigten Zweck nicht genügen, wollte die Regierung sich für ihre Maßnahmen von Volk zu Volk die Genehmigung des Reichstages erhandeln und erbiten. Die Regierung wird dabei nicht von der Absicht getrieben, den Reichstag als solchen aufzuheben. Im Gegenteil behält sie sich auch für die Zukunft vor, ihn von Zeit zu Zeit über ihre Maßnahmen zu unterrichten, oder, wo es zweckmäßig erscheint, seine Zustimmung einzubolen.

Die Autorität und damit die Arbeitsmöglichkeit der Regierung würde aber leiden, wenn im Volke Zweifel an der Stabilität des neuen Regiments entstehen könnten.

Sie hält vor allem eine weitere Tagung des Reichstages im heutigen Zustand der allgemeinen Erregung der Nation nicht für möglich. Es ist kaum in der Gedächtnis jemals eine Revolution in so großem Maßstab so diszipliniert und unblutig verlaufen wie die Erhebung des deutschen Volkes in diesen Wenden (Beifall).

Couverante Stellung der Regierung

Es ist mein Wille und meine feste Absicht für eine ruhige Entwicklung auch in der Zukunft zu sorgen. Allein um so notwendiger ist es, daß der nationalen Regierung jene souveräne Stellung gegeben wird, die in der heutigen Zeit allein geeignet ist, eine andere Entwicklung zu verhindern.

Die Regierung beabsichtigt, von der ihr gegebenen Ermächtigung nicht mehr Gebrauch zu machen, als es zur Durchführung der lebensnotwendigen Maßnahmen erforderlich ist. Weder die Existenz des Reichstages noch des Reichsrates soll dadurch bedroht sein.

Stellung und Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Die innere Übereinstimmung mit seinem Willen herbeizuführen, wird stets die oberste Aufgabe der Regierung sein. Der Bestand der Länder wird nicht beeinträchtigt, die Rechte der Kirche werden nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staat wird nicht geändert. Da die Regierung an sich über eine flare Mehrheit verfügt, ist die Zahl der Fälle, in denen die innere Übereinstimmung eines solchen Gesetzes besteht, an sich begrenzt. Umso mehr besteht die Regierung der nationalen Erhebung auf Verwirklichung des Gesetzes.

Sie sieht in jedem Falle eine klare Entscheidung vor. Sie bietet den Parteien die Möglichkeit einer ruhigen deutschen Entwicklung und der sich daraus in Zukunft anbahnenden Verständigung. Sie ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Befundung der Ablehnung und damit die Anlage des Widerstandes entgegenzunehmen. Mögen Sie, meine Herren, nun selbst die Entscheidung treffen über Frieden oder Krieg. (Stürmischer Beifall und Hellrufe rechts.)

Auf Vorschlag des Präsidenten Göring verlag sich nach der Kanzlerrede der Reichstag auf drei Stunden bis 6.15 Uhr.

Von den Nationalsozialisten und Deutschnationalen wird vor dem Verlassen des Saales das Deutschlandlied gesungen.

Ermächtigungsgesetz angenommen

Berlin, 24. März.

Nach der Wiederaufnahme der Plenarsitzung des Reichstages entwickelte sich eine Debatte, die dann mit der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz abgeschlossen wurde. In der Schlusssitzung wurde das Ermächtigungsgesetz in zweifacher Abstimmung mit 441 gegen 94 Stimmen, also mit mehr als Zweidrittelmehrheit, verabschiedet. Gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten nur die Sozialdemokraten.

Nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes hielt Reichspräsident Göring eine kurze Ansprache, in der er es begrüßte, daß die Reichsregierung nunmehr auch im Reichstag eine erdrückende Mehrheit erhalten hat. Damit war die Sitzung beendet. Präsident Göring wurde ermächtigt, Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung nach eigenem Ermessen festzusetzen.

In der der Abstimmung vorausgegangenen Debatte hatte

Abg. Wels (Soz.)

erklärt, die Sozialdemokratie stimme der vom Reichskanzler aufgestellten Forderung deutscher Gleichberechtigung zu. Ebenso billige sie den Satz, daß die Unterordnung zwischen Siegern und Besiegten nicht dauernd aufrechterhalten werden könne. Das müsse aber auch für innerpolitische Gegner gelten. „Wir sind wehrlos“, fuhr Abg. Wels fort, „aber nicht ehlos. Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Dem Ermächtigungsgesetz stimme die Sozialdemokratie nicht zu.

Niemals liege die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die Volksworte in einem solchen Maße ausgeschaltet worden wie jetzt. Die Sozialdemokratie habe weder in Paris um Anerkennung gebeten noch Millionen nach Prag verschoben oder übertriebene Nachrichten ins Ausland gebracht. Das Volk warte auf positive Leistungen und durchgreifende Maßnahmen gegen das furchtbare Wirtschaftselend. Redner wandte sich dann gegen die Nationalsozialisten und schloß mit dem Satz: Wir bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundfragen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.“

Reichskanzler Hitler,

der nunmehr, von den Nationalsozialisten förmlich begrüßt, nochmals das Wort nahm, äußerte zu den Sozialdemokraten gewandt: „Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt!“ (Beifall). Wenn die Sozialdemokratie das außenpolitische Programm unterbreite, die Kriegsschuldfrage ablehne und sich gegen die Reparationen wende, dann frage er: Wo war dieser Kampf in der Zeit, in der die Sozialdemokratie in Deutschland die Macht hatte? (sehr richt. rechts).

„Sie hätten“, fuhr der Kanzler zu den Sozialdemokraten gewandt weiter fort, die deutsche Erhebung zu einer wirklich nationalen gestalten können. In jener Zeit aber verniederte sie den Kampf. Wehrlos braucht in der Tat nicht ehlos zu sein.

Unsere Bewegung war jahrelang wehrlos gemacht worden, ehlos aber waren wir nie! (stürmischer Beifall). Ich bin der Überzeugung, daß wir dem deutschen Volk den Geist einimpfen werden, der es auch bei seiner heutigen Wehrlosigkeit nicht ehlos sein lassen wird. Sie hatten Gelegenheit, alle Ercheinungen der Entwöhnung des Volkes genau zu beobachten und unterrichten, wie wir das jetzt tun. Sie konnten sich gegen den Landeserrat ebenso schärfen wenden wie wir es tun (erneuter stürm. Beifall).

Sie hätten damals, da jede deutsche Revolution in Tateinheit mit Landeserrat leben mußte, nicht zu dieser Handlung auch nur indirekt Ihre Hand bieten dürfen. Sie hätten vermeiden müssen, daß man damals dem deutschen Volke auf Wunsch und Befehl des Auslandes eine neue Verfassung auftröte.

Das ist nicht ehrenvoll, sich vom Feinde seine innere Befugung aufzwingen zu lassen (stürm. Beifall rechts und auf den Tribünen). Sie hätten damals weiser sich zur deutschen Tricolore bekennen müssen und nicht zu einer deutschen der Feind in Flugblättern über unsere Front abwarf (Beifall). Gerade in der Zeit der Not und Unterdrückung durch den Gegner muß man sich erst recht bekennen zu seinem Volk und zu seinen Symbolen.

Sie verlangen gleiches Recht. Für dieses gleiche Recht haben wir vierzehn Jahre gekämpft, vierzehn Jahre lang haben Sie es nicht gekämpft und heute reden Sie vom gleichen Recht (stürm. Zustimmung rechts). Sie sagen, man sollte den Besiegten nicht vogelfrei erklären. Herr Abgeordneter, vogelfrei sind wir gewesen, so lange Sie die Macht hatten. Sie sind jetzt von Verfolgung. Ich glaube, es sind wenige unter uns, die nicht unter den Verfolgungen von Ihrer Seite aus leiden mußten, unter taufendfältigen Schikanen und Unterdrückungen. Außerhalb dieses Saales weiß ich eine Schar von Hunderttausenden, die Ihrem System der Verfolgung ausgebeutet war. Sie scheinen ganz vergessen zu haben, daß man sich wehrlos über Deutschland erhebt. Bei Ihren internationalen Beziehungen müßte es leicht für Sie sein, die Wahrheit in Ihren ausländischen Parteiblättern zu verbreiten. Ihre Zeitung im Sargebiete treibt dauernd Landeserrat (Hui-Hui rechts). Es versucht, dem Ausland gegenüber Deutschland zu belästigen (Hui: Gemeinheit! Hui!), mit Lügen unser Volk vor der Welt in eine schiefe Lage zu bringen. Sie beklagen sich über mangelnde Rechtschaffenheit. Sie sind wehrlos, wenn Sie jetzt schon von Verfolgungen sprechen. Sie sitzen in hier. Wer hat Sie denn hier vertrieben? (Sehr richt. rechts). Und was Ihren Sozialismus anlangt, so sind Sie der Träger jenes geheimnisvollen Sozialismus gewesen, den das deutsche Volk in der Wirklichkeit niemals zu sehen erhielt (starker Beifall rechts). Jetzt reden Sie von Ihren Absichten! An den Fröhen will man sie auch erkennen!

Dem deutschen Arbeiter, so sagt der Kanzler, werden wir Nationalsozialisten von jetzt ab die Bahn frei machen zu dem, was er fordern und verlangen kann. Wir Nationalsozialisten werden seine Fürsprecher sein. Sie (nach links) sind nicht mehr benötigt (stürm. Beifall rechts).

Der Stern Deutschlands“, so ruff der Kanzler, „wird aufgehoben und wir werden wieder überleben. Es kommt nicht wieder. Auch die Stunde der Sozialdemokraten hat geschlagen. Nur weil wir Deutschland leben, seine Not und die Notwendigkeiten des nationalen Leben, appellieren wir an den Reichstag. Das Rechte wegen tun wir es, weil wir mit denen, die heute noch geteilt von uns sind, uns einst wiederfinden können, wenn wir so handeln. Ich möchte nicht in die Felsen verfallen, die uns in die Irre führen. Sie wollen mich aber dabei niemals mißverstehen: Die Hand gebe ich jedem, der sich für Deutschland verpflichtet, und ich erkenne nicht an das Gebot einer Internationalen (großer Beifall rechts).

Die Sozialdemokraten wollten für das Ermächtigungsgesetz nicht stimmen, weil ihrer inneren Mentalität nach ihnen die Absichten dieser Vorlage unbegründlich sei.

Ich will, so schloß der Kanzler, auch gar nicht, daß Sie für das Gesetz stimmen. Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie.

Die Rede des Kanzlers wurde von den Nationalsozialisten mit förmlichem lang anhaltendem Beifall (stürm. Beifall). In den Beifall stimmten auch die Exlibitenbesten ein. Immer wieder erhoben sich die Nationalsozialisten vor den Plätzen und jubelten dem Kanzler zu.

Nach der Kanzlerrede gab.

Abg. Raas (3.)

namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Die gegenwärtige Stunde kann nicht im Zeichen der Worte stehen. Ihr einziges, beherrschendes Gesetz ist das der raschen, aufbauenden und rettenden Tat. Dies Tat kann nur geboren werden in der Sammlung.

Im Angesicht der brennenden Not, in der gegenwärtig Volk und Staat stehen, reichen wir von der Deutschen Zentrumspartei allen, auch den ferneren Gegnern die Hände aus. In der Fortführung des nationalen Rettungswerkes zu diesem Beifall l. d. Mitte, rechts und auf den Tribünen. Damit wollen wir die Wiederherstellung geordneter Staats- und Rechtsverhältnisse beschleunigen und geschäftigen Entwicklungen einen festen Damm entgegenhalten.

Die Regierungserklärung des Reichskanzlers enthält manches Wort, das wir unterschreiben, und manches andere auf das einzugehen wir uns im Interesse der Sammlung, des Geheißes dieser Stunde, bewußt verlagern. Wir erwarten für die Arbeit der von uns unterstützten bisherigen Regierungen mit Zuversicht das ausgebreitete Urteil der Geschichte (Beifall l. Ztr.).

In der Voraussetzung, daß die vom Reichsanstalt abgegebene Erklärung die grundsätzliche und die praktische Richtlinie für die Durchführung der zu erwartenden Gesetzgebungsarbeit sein werden, gibt die Deutsche Zentrumspartei dem Ermächtigungsgesetz ihre Zustimmung. (Beifall l. Ztr. und rechts.)

Die weiteren Redner Abg. Ritter von Zep (Bayern. Zp.) Abg. Dr. Maier (Staatspartei) und Abg. Dr. Simpendörfer (Volksdienst) sprachen sich gleichfalls für das Ermächtigungsgesetz aus.

Zustimmung des Reichsrats

Berlin, 24. März.

Nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag trat der Reichstag unter Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Frick zusammen. Der Reichstag nahm das Ermächtigungsgesetz mit Zustimmung des Reichsrats an. Das Ermächtigungsgesetz tritt nunmehr in Kraft.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er scheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentlich: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Alliiertes Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,45 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streifen nicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Postzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamzeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Übergabe unbedeutend geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegangabe: 10.— M., das Laubtag, ausgleich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 36

Sonnabend, den 25. März 1933

35. Jahrg.

Gegen Korruption

Berlin, 23. März.

Wie der Reichsstaatsminister für das Land Preußen mitteilt, ist eine Verordnung zur Bekämpfung von Mißständen in der gemeindlichen Verwaltung beschlossen worden, durch die in der Vergangenheit beobachtete Korruptionsercheinungen unmöglich gemacht werden sollen.

Das Gemeindeverfassungsrecht der Vortragszeit enthielt eine Reihe von Vorkehrungen, die eine von unzulässigen Einflüssen möglichst freie Willensbildung in den gemeindlichen Körperschaften sicherstellen sollten. Diese Vorkehrungen hatten im wesentlichen den Ausschluß gewisser Personen von der Mitgliedschaft in den gemeindlichen Körperschaften wegen ihrer Amtsstellung oder bezogenen zum Ziel, weil sie als Beamtente oder Beamtenverwandte nicht die hinreichende Gewähr für eine völlig unparteiische Mitwirkung boten. Diese Vorkehrungen sind durch Verordnungen, die Anfang des Jahres 1919 erlassen worden sind, beseitigt worden.

Da sich in der Folgezeit erwiesen hat, daß die infolge des Fortfalls dieser Vorschriften eintretende Mitwirkung persönlich interessierter oder gebundener Persönlichkeiten sich sowohl in bezug auf die Dauerhaftigkeit wie die Sparsamkeit der gemeindlichen Verwaltungen ungünstig auswirkte, hat die Verordnung dem in Betracht kommenden nach die Wiederherstellung dieser früheren Vorschriften des Gemeindeverfassungsrechtes in einer den heutigen Verhältnissen angepaßten Form vor.

Darüber hinaus sind die Vorschriften, welche Mitglieder der Vertretungskörpern bei Interessenkonflikten von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen, verschärft worden; ferner wird den Vorstehenden gemeindlicher Vertretungskörpern ein unmittelbares Recht zum Ausschluß von Mitgliedern der Vertretungskörpern bei schlagender Angehörigkeit oder wiederholten Zuwiderhandlungen gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung erlassenen Bestimmungen gegeben, und schließlich sind die Vorschriften über die Verschwiegenheit von Mitgliedern der Vertretungskörpern, gemeindlicher Ausschüsse usw. durch die Androhung von Ordnungsstrafen und Ausschlüssen von den Sitzungen verschärft worden.

Die Verantwortung des Reichstags

Berlin, 23. März.

Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt zur Einbringung des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag u. a.:

Unter der autoritären Führung der Regierung Hitler hat sich der bisherige Ablauf der deutschen Revolution in getragener, bewundernswerter Disziplin und Ordnung vollzogen. Wenn der Reichstag der Regierung Hitler nicht mit der erforderlichen Mehrheit das Mandat zur ungehinderten Aufbauarbeit bestätigen will, dann werden die unausbleiblichen Folgen eines solchen parlamentarischen Rückfalls von denjenigen Parteien selbst verantwortet werden müssen, die die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden haben.

Daß die Regierung Hitler entschlossen ist, das Mandat des Volkes, das sie besitzt, nicht parteipolitisch zu verweigern, ist selbstverständlich. Die Parteien müssen sich seiner Erklärung darüber hingeben, daß die Nichtannahme des Ermächtigungsgesetzes eine Kampfanlage bedeuten würde, die von der Regierung aufgenommen wird.

Preussischer Landtag

Kerl (NSDAP) wieder Landtagspräsident

Berlin, 23. März.

Der am 5. März zusammen mit dem Reichstag gewählte neue Preussische Landtag hielt seine erste Sitzung ab.

Auf dem Landtagsgebäude, auch auf dem Herrenhaus, war die schwarz-weiße preussische Flagge gesetzt; zu beiden Seiten waren die Fahnenkreuze, und die schwarz-weiße rote Fahne aufgezogen.

Um 3.15 Uhr betritt

Alterspräsident Sigmann

in Ankleidung des Präsidentenamt. Die nationalsozialistische Fraktion erhebt sich von den Plätzen und grüßt den General Sigmann mit dem Hitler-Gruß. Der Alterspräsident führt u. a. aus: Es ist eine besondere Ehre und Freude für mich, noch einmal als Alterspräsident den Landtag eröffnen zu dürfen, gerade diesen Landtag, den ich der Landtag des Hitler-Frühlings nennen möchte. Zu der feierlichen Stimmung dieser Stunde ist es mir ein Sorgenbehaftetes auszuwachen, daß jeder einzelne Preuße und Deutsche der Geschickslage entgegenwirken muß, als wenn unser nationale Bewegung, der nationale Umwälzung irgendwelchen anderen Männern oder anderen Bewegungen zu danken wäre, als Adolf Hitler und seiner nationalsozialistischen Bewegung. In diesem Sinne eröffne ich den Landtag des Hitler-Frühlings. Wir kommen nun zur Wahl des Präsidenten.

Der Alterspräsident erteilt hierauf dem

Hg. Kube

(Matth.) das Wort. Kein besserer Tag konnte dafür bestimmt werden als der Tag, an dem der letzte große Hebrä-

lentant am dem Throne der Hohenzollern, wüthete i. vor Preußen, seinem Volke gekämpft war, jene ideale, schlichte und doch so große Persönlichkeit, die im Zusammenwirken mit den damaligen föderalistischen Kräften der Nation, mit Bismarck, Nolte und Roon das Bismarck-Reich schuf. Die nationalsozialistische Fraktion schlägt für den Posten des Präsidenten den Hg. Kerl vor, der bereits im vergangenen Landtag durch das Vertrauen der nationalsozialistischen, der deutschnationalen Fraktion und der kleineren nationalen Gruppen, der Gruppen der Mitte als Präsident gegen die Stimmen des Marxismus bei Stimmenthaltung einer anderen Fraktion gewählt wurde. Wir werden jedem Gelegenheit geben, hier mitzuarbeiten, wer der Umwälzung anerkennt, wer in den Richtlinien Hilters mit seines Kabinetts mitarbeiten will. Darüber hinaus werden wir der kommenden Regierung Preußens jedes Mittel zur Verfügung stellen, um die Best des Marxismus endgültig aus dem deutschen Volke auszumerzen. (Lebhafte, stürmische Beifall red.) Es ist stets die Aufgabe Preußens in der deutschen Geschichte gewesen, Opfer zu bringen. Preußen hat diese Opfer gebracht, und es wird sie auch weiter bringen. Preußen und nationale Sozialismus sind verschiedene Ausdrücke für dieselbe Sache, dieselbe staatliche Erscheinungslage. Mit besonderer Freude begrüße ich auch Vertreter des nationalsozialistischen Deutsch-Osterrichts, die in diesem Saale weilen (Heil-Hufe). Als Führer der nationalsozialistischen Politik in diesem Saale und im Auftrage Adolf Hitlers möchte ich gerade als Preuße, als Mitpreuße aus dem viel verletzten Ostelben dem Ausdruck geben: Wir Preußen sind Großpreußen und bleiben es, und wir werden unser Ziel erst erreicht haben, wenn das ganze Deutschland einschließlich Deutsch-Osterrichts mit unserm Vaterlande in einem großen Staate verbunden ist, der dann der Weltmission der Deutschen dienen kann. Das deutsche Volk, das uns und eine andere große Fraktion dieses Hauses gewählt hat, würde uns nicht begreifen, wenn wir nicht den 9. November 1918 mit Stumpf und Stiel aus jeder Lebensgestaltung der deutschen Nation ausschalteten. Es ist für uns Preußen eine Selbstverständlichkeit, daß die bolschewistische Mordpest dieses Saals nicht mehr betritt!

Wenn nun neben der alten Preußenfahne Schwarz-weiß uns auch die schwarz-weiße Fahne des Bismarck-Reichs grüßt, und daneben das neue Banner, das den Umwälzung in Deutschland herbeiführt hat, dann sind wir Nationalsozialisten uns unserer schweren Verantwortung und unserer schweren Aufgaben für die Zukunft bewußt. Es wird in den folgenden Jahren in Deutschland harte Arbeit geben. Es ist notwendig, daß ein Nationalsozialist zum Präsidenten gewählt wird. Ich wiederhole daher meinen Vorschlag, den Hg. Kerl durch Zuruf zum Präsidenten des Preussischen Landtages zu wählen.

Zur Geschäftsordnung erhält dann das Wort der Führer der deutschnationalen Landtagsfraktion,

Hg. Dr. v. Winterfeldt (DnA).

Hg. Kube hat eben mit Recht stolz darauf hingewiesen, was für eine Entwürdigung die Nationalsozialisten hier in diesem Hause von jetzt auf zweihundertfünf genommen haben.



drei Abgeordneten in einem Wahlgang durch Zuruf vorzunehmen

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Staatspartei werden diese drei Abgeordneten durch Zuruf gewählt.

Hg. Jürgen (Soz.) beantragt nunmehr, den in Haft befindlichen sozialdemokratischen Abg. Klempner sofort aus der Haft zu entlassen und das gegen ihn eingeleitete Verfahren für die Dauer der Sitzungsperiode des Landtages einzustellen. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Das könnte euch so passen!)

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Staatspartei und des Zentrums wird die Haftentlassung Klempners abgelehnt.

In diesem Augenblick erhebt der Reichstagspräsident und Reichsstaatsminister für das preussische Innenministerium Gering in SA-Uniform in der Bank der Regierungsvorsteher und begrüßt den Landtagspräsidenten Kerl. Die nationalsozialistische Fraktion begrüßt ihn mit Heil-Hufen.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Staatspartei wird dann die von den Nationalsozialisten beantragte Geschäftsordnung angenommen.

Es folgt dann die Bestellung der Ausschüsse. Der Ständige Ausschuß zählt in Zukunft 29 Mitglieder, der Vorkonferenzrat und die Sach-Ausschüsse je fünfzehn Mitglieder. Die Einsetzung der Ausschüsse wird einstimmig beschlossen.

Hg. Kube (Nat.-Soz.) empfiehlt darauf folgenden Antrag zur Annahme:

„Der Landtag nimmt von der durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 6. 2. 1933 ausgeprochenen Ablehnung der log. preussischen Hohenzollernregierung Kenntnis und billigt sie.“

Der Landtag erklärt sich, indem er sich die demnächstige Wahl des Reichspräsidenten vorbehält, mit der vorläufigen Wahrnehmung der Staatsschäfte durch die vom Herrn Reichspräsidenten eingeleiteten Reichsstaatsminister einverstanden.

Auf Wunsch der Zentrumsfraktion wird über diesen Antrag ablatweise abgestimmt. Der erste Vorschlag wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Rechtsgruppen bei Stimmenthaltung des Zentrums und der Linken, der zweite Vorschlag mit allen Stimmen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Präsident erteilt und erhält die Ermächtigung, die nächste Sitzung und ihre Tagesordnung selbst festzustellen.

Rabinett Öbring in Preußen?

Eine nationalsozialistische Erklärung — Wahl durch den Landtag für den 2. Mai zu erwarten.

Der preussische Präsident der NSDAP, veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten soll spätestens am 2. Mai stattfinden. An diesem Tage wird die nationalsozialistische Landtagsfraktion einen Nationalsozialisten zum Ministerpräsidenten wählen. Durch die mit größerer Mehrheit am 22. März angenommene Geschäftsordnungsänderung ist die Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten sichergestellt. Die 21 Nationalsozialisten dieser Fraktion ist allein in der Lage, ohne die Hilfe einer anderen Fraktion in Anspruch zu nehmen, einem Nationalsozialisten zum Siege zu verhelfen. Wie wir hören, kommt Reichsminister Pg. Öbring als Ministerpräsident in Frage.“

Auswirkung der Amnestie

Die neuen Notverordnungen unterzeichnet.

Berlin, 23. März.

Der Reichspräsident hat bereits die angeforderten Notverordnungen über den Erlass einer Amnestie und die Maßnahmen zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung unterzeichnet.

Ueber die Auswirkung der Amnestie wird nach Aufklärung zuständiger Kreise erst dann sich etwas Endgültiges sagen lassen, wenn die Erfahrungen der Länder über die Anwendung der Amnestie vorliegen werden. Der Charakter der Amnestie ist in den Bestimmungen selbst eindeutig dargelegt, daß lediglich politische Straftaten amnestiert werden sollen und rein kriminelle Delikte ausgeschlossen bleiben.

Erklärung der Gewerkschaften

Berlin, 23. März.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes betont in einer dem Reichsstaatsminister zugeleiteten Erklärung seine Bereitschaft, auch über das Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus dauernd mit den Unternehmerorganisationen zusammen zu wirken und bezeichnet eine staatliche Aufsicht solcher Gemeinschaftsarbeit als förderlich.

In politischer Hinsicht könne die Aufgabe der Gewerkschaften nur darin bestehen, die berechtigten Wünsche der Arbeitererschaft der Regierung und Gesetzgebung zuzuleiten, sowie der Regierung und dem Parlament mit ihren Erfahrungen dienlich zu sein.

Die Gewerkschaften beanspruchen für sich kein Monopol. Eine wahre Gewerkschaft könne sich aber nur auf freiwilligen Zusammenhalt der Mitglieder gründen und müsse von den Unternehmern ebenso wie von den politischen Parteien unabhängig sein.